

Der Vollzugsdienst

6/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages

Probleme des deutschen Justizvollzuges erörtert

Seite 1

Bedrohliche Zustände im medizinischen Bereich der Hamburgischen JVAen

Gewerkschaft Strafvollzug (LVHS) schlägt erneut Alarm

Seite 34

Fachtag „Diversität in der Verwaltung leben – Herausforderung als Chance“

Rechtliche Lage im Kontext von Arbeit

Seite 77



BSBD Bundesvorsitzender René Müller gratulierte dem neuen Landesvorstand des BSBD Brandenburg zur Wahl.

Mehr dazu: Seite 27



HESSEN



RHEINLAND-PFALZ

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Rück- und Ausblick der BSBD-Bundesleitung
- 1 In Berlin unterwegs: BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages
- 2 Landesgewerkschaftstag in Brandenburg: Glückwunsch an den neu gewählten Landesvorstand
- 2 Sitzung der BSBD-Landesfrauenvertreterinnen in Potsdam

LANDESVERBÄNDE

- 4 Baden-Württemberg
- 19 Bayern
- 21 Berlin
- 27 Brandenburg
- 34 Hamburg
- 39 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 53 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 75 Sachsen
- 80 Sachsen-Anhalt
- 85 Schleswig-Holstein
- 88 Thüringen
- 74 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2020:



11. Februar 2020

Hauptvorstandssitzung des BSBD Sachsen

Gitterzulage für Gerichtswachtmeister aus Sicht des BSBD erforderlich

Am 8. November 2019 fand die Hauptvorstandssitzung des BSBD Sachsen im Ahorn Hotel Am Fichtelberg statt. Vorangegangen war die Landesleitungssitzung des BSBD Sachsen am 7. November 2019.

Neben den zehn Ortsverbänden in Sachsen sind der Einladung die Vertreter der Flächenvertretungen für Senioren **Rolf Müller**, für den Tarifbereich **Claudia Schilling**, den Jugendbereich **Lukas Elendt** und der Gerichtsbarkeit **Mario Mauersberger** gefolgt. Leider sind die Frauenvertreterin und der Vorsitzende des **BSBD Sachsen** kurzfristig ausgefallen.

Neben dem Geschäftsbericht des Landesvorsitzenden **René Selle**, vorgetragen vom stellvertretenden Vorsitzenden **Torsten Hamann**, und den Berichten der Landesleitungsmitglieder berichteten unter anderen auch die Ortsverbandsvorsitzenden über die immer noch vorherrschende, sehr angespannte Personalsituation, mit der daraus resultierenden hohen Arbeitsbelastung für die Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten und den Gerichten.

Kollege Mauersberger berichtete von der Anhörung im Sächsischen Landtag zur Einführung der Gitterzulage für Gerichtswachtmeister. Der Umgang an den Gerichten mit Bürgern mit leider



Die Teilnehmer der Hauptvorstandssitzung.

Fotos (2): BSBD Sachsen

immer häufiger auftretendem Aggressionspotenzial, sowie die Vorführungen psychisch auffälliger Gefangener, sollte entsprechend wertgeschätzt werden.

Leider fand der Antrag im Plenum keine Mehrheit. Der **BSBD Sachsen** wird sich jedoch weiter für die Einführung der Zulage einsetzen, genauso wie die immer noch geforderte Einführung des Anwärtersonderzuschlages.

Um die geplante Einstellung von 80 geeigneten Anwärtern pro Jahr zu erreichen, müssen Anreize für die Bewerber

geschaffen werden und dazu gehört aus Sicht des **BSBD Sachsen** eben die Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages.

Auch in diesem Jahr konnten wir durch unsere Arbeit überzeugen, dass es wichtig ist, Mitglied der **Gewerkschaft BSBD Sachsen** zu sein und zu werden. Mit einem hohen Organisationsgrad findet unsere starke Gewerkschaft in der Politik Gehör und kann Verbesserungen durchsetzen.

Landesleitung BSBD Sachsen



Gruppenfoto vor den Ahorn Hotel.



Gruppenfoto mit der Dozentin Fachbereich Justizvollzug Jana Kohler (5. v. l.)

Fotos (2): BSBD Sachsen

Zeugnisübergabe an die neu ausgebildeten Justizvollzugsbediensteten im AVD

Justizstaatssekretärin Andrea Franke gratuliert zur bestandenen Laufbahnprüfung

Am 2. September 2019 wurden am Ausbildungszentrum Bobritzsch die Abschlusszeugnisse an 56 Absolventen der Ausbildung zum allgemeinen Vollzugsdienst durch die Staatssekretärin der Justiz, Andrea Franke, übergeben.

Frau Franke betonte in ihrem Begrüßungswort die zentralen Aufgaben des Justizvollzuges und verdeutlichte den hohen Stellenwert der Ausbildung. „Der Schutz der Allgemeinheit vor Straftätern und deren sichere Unterbringung einerseits und die Resozialisierung der Strafgefangenen andererseits sind die zentralen Aufgaben des Justizvollzugs.“

Eine solide Ausbildung ist unabdingbar

Der allgemeine Vollzugsdienst leistet in beiden Bereichen dazu einen ganz wichtigen Beitrag. Nur gut ausgebildete Bedienstete können den vielfältigen Anforderungen im Arbeitsalltag gerecht werden. Deshalb legen wir auf eine solide Ausbildung sehr viel Wert.“ Die Ernennungsurkunden wurden dabei von der Leiterin der Justizvollzugsanstalt Chemnitz sowie den jeweiligen Anstaltsleitern übergeben. Neben diesen war auch der Abteilungsleiter der Abteilung IV (Justizvollzug) am Sächsischen Staatsministerium der Justiz, Herr Schmid, anwesend. Die Obersekretärinwärterinnen und Obersekretärinwärter wurden nun in das

Beamtenverhältnis auf Probe im Justizvollzugsdienst übernommen. Nach der zweijährigen Ausbildung konnten sie dabei theoretisches Wissen in den Bereichen Sicherheit, Kriminologie, Psychologie, Sozialpädagogik, Recht und Verwaltung am Ausbildungszentrum Bobritzsch erlangen. Die praktische Ausbildung der Anwärter erfolgte in verschiedenen Justizvollzugsanstalten

des Freistaates Sachsen. Für einige Anwärter verkürzte sich die Ausbildungszeit um vier Monate, da sie schon über Berufserfahrung im Justizvollzug verfügten.

Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen alles Gute und stehen als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung,
*Landesleitung des
BSBD Sachsen*



Staatssekretärin Andrea Franke und Fachbereichsleiterin Justizvollzug am ABZ Christina Haßler bei der Übergabe der Urkunden.

Fachtag „Diversität in der Verwaltung leben – Herausforderung als Chance“

Rechtliche Lage und Sexuelle und Geschlechtsidentität im Kontext von Arbeit

Die Fachtagung für Führungskräfte und Teamkolleg*innen mit dem Thema „Diversität in der Verwaltung leben – Herausforderung als Chance“ fand am 29. Oktober 2019 in der Landeszentrale für politische Bildung in Dresden in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, der Landesarbeitsgruppe Queeres Netzwerk Sachsen e.V., der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, den Vereinen rosalinde e.V. und Gerede e.V. sowie dem Genderkompetenzzentrum Sachsen statt.

Obwohl die Veranstaltung behördenübergreifend publik gemacht wurde, blieben einige Stühle leer und auch nicht alle Ministerien waren vertreten. Das Ansinnen war klar: Toleranz gegenüber LSBT*I* (lesbische, schwule, bisexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen) und Akzeptanz und Umgang von und mit Führungspersonal und der Einbeziehung ins Team.

Britta Borego (LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.) und **Frank-Peter Wieth** (Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbrau-

schung dieser sei ein sehr langer Weg gewesen. Die Beschwerdestellen sind oft unbekannt und leider der personalverwaltenden Stelle angegliedert.

Ein Grußwort übermittelte **Jean-Luc Vey** von der Stiftung PrOUT@Work, die das Ziel der Chancengleichheit von LGBTIQ Menschen am Arbeitsplatz verfolgt und Netzwerke in den Unternehmen wie auch zu inhaltsähnlichen LGBTIQ-Organisationen verstärken möchte. Gerade über LGBTIQ-Mitarbeiter*netzwerke lässt sich ein Kulturwandel zu mehr Wertschätzung von und Chancengleichheit für LGBTIQ Per-

- Verlinkung mit anderen Netzwerken von Unternehmen der gleichen Branche oder Region
- Teilen von best practice aus verschiedenen Netzwerken

Im ersten Gastbeitrag erläuterte **Vera Ohlendorf** (LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.) die Bedeutung von LSB, welche sich auf die sexuelle Orientierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, pan-, poly-, a- und queersexuellen Menschen bezieht. Sie ergänzte ihre Erklärungen mit den Bedeutungen von – transgeschlechtlich Menschen: geschlechtliches Identitätserleben ist



Podiumsdiskussion mit Vertretern der Personalvertretungen.

Fotos (3): BSBD Sachsen

erschutz) eröffneten den Fachtag. Nachdem **Herr Wieth** **Frau Borego** zunächst das Wort überließ, stellte er klar, kein lebendes Roll Up zu sein und sich als Stachel im Fleisch der Verwaltung zu betrachten. Die öffentliche Verwaltung ist das Spiegelbild der Gesellschaft, ca. 200.000 Beschäftigte sind für den Freistaat Sachsen tätig. Wie langwierig Verständnis und Umsetzung von Interessen der Beschäftigten außerhalb des Main Streams dauern, machte er am Landesaktionstag deutlich, welcher ein ganzes Jahr durchs Kabinett gebraucht hat. Dem Glaube, das können alles die Frauenbeauftragten mitleisten, stellte er sich entschieden entgegen: die Frauenbeauftragten sind selbst ausreichend eingebunden und allein die Anerken-

nen bewirken. Mitarbeiter*netzwerke leisten hier einen enormen Beitrag, Bewusstsein für die Thematik zu stärken und unter Kolleginnen und Kollegen Aufklärungsarbeit zu leisten. PrOUT@Work unterstützt Menschen, die ein LGBTIQ Mitarbeiter_innen-Netzwerk gründen und/oder weiterentwickeln wollen. Folgende Unterstützung werden für Netzwerke angeboten:

- Erstinformation über die Gründung eines Netzwerks
- Telefonische Beratung
- Vorstellung der Stiftung vor Unternehmensvertretern
- Vorstellung der Stiftung vor Mitgliedern des Netzwerks
- Workshop zur Verbesserung der Netzwerkarbeit

nicht mit dem von Geburt an zugewiesenem Geschlecht übereinstimmend und

– intersexuellen Menschen: das sind Varianten der Geschlechtsentwicklung hinsichtlich der körpergeschlechtlichen Entwicklung, auch hormonell.

Wie derzeit oft bei der Personalsuche zu sehen, bedeutet das Asterisk * oder Gendersternchen prinzipielle Unabgeschlossenheit der sexuellen wie geschlechtlichen Varianten. Um das auszudrücken, sind Möglichkeiten z. B. so umzusetzen: Teilnehmer*innen oder auch Kolleg_innen.

Erstaunlich ist, dass in einer demokratischen und scheinbar toleranten Gesellschaft immer noch etwa 1/3 der



Bevölkerung in Sachsen die genannten Variationen als unnormal einstufen. Auch wenn am Beispiel der transgeschlechtlichen Menschen mit dem Transsexuellengesetz ein (zu überarbeitendes) Umsetzungsgesetz geschaffen wurde, sind Benachteiligung an der Tagesordnung. Das beginnt mit der Angleichung im Personenstand und des Vornamens als langwieriger Weg, der meist individuell gegangen wird. Damit gehen z.B. Änderung des Arbeitsvertrages, der Website, der Nutzung von Arbeitskleidung und Umkleieräumen, Änderung der E-Mail-Adresse und Signatur u.a. einher.

Für z.B. binär sexuelle Menschen sei das Transsexuellengesetz keine Option, eine Überarbeitung mit Vereinfachung ist zwingend geboten. Das zeigt, dass bei Weitem nicht für alle körperlichen Variationen wie auch geschlechtlichen Orientierungen Voraussetzungen und rechtlicher Spielraum als Grundlage vorliegen.

Auch wenn die Deutsche Gesellschaft für Trans- und Intersexuelle einen Ergänzungsausweis herausbringt, welcher ohne Probleme angefordert werden kann, ist dieser keine Pflicht, jedoch anerkannte Ergänzung vor allem beim Übergang von Änderungen zum Personenstand oder Änderung des Vornamens.

Für intergeschlechtliche Menschen gibt es seit 2018 „divers“ als dritte Geschlechtskategorie (seit 2013 war das offen lassen dieser Kategorie in der Geburtsurkunde möglich), welche bei Geburt von den Eltern oder selbst als Erwachsene als Eintrag vorgenommen werden kann. Trotzdem gibt es bei diesem Durchbruch viele

ungeklärte Probleme: Wehrpflicht, Abstammungsnachweis, Auslandsreisen u. a., wo das dritte Geschlecht nicht anerkannt ist. Viele Online-Bewerbungsportale (auch das Sachsen-Karriereportal) sehen weiterhin nur männlich/weiblich vor.

Bezüglich der Begrifflichkeiten sorgte **Frau Ohlendorf** beim „Outing“ (nicht selbst gewollt, gegen den eigenen Willen, durch Dritte) und „Coming out“ (inneres oder äußeres, selbst initiiert) für Klarheit.

Am Ende zählt die Rücksicht auf Bewerber*innen sowie Kolleg*innen in einem Land, indem das Geschlecht immer noch fremdbestimmt ist: wie wollen Sie angesprochen werden? Männliche, weibliche oder neutrale Form?

Herr **Frank-Peter Wieth** referierte im zweiten Gastbeitrag zum Thema „Rechtliche Lage von LSBT*I* am Arbeitsplatz“.

Wie bereits angeführt, sind 200.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen tätig. Etwa 10% besitzen einen Schwerbehindertenausweis, 7% der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund (das heißt für die öffentliche Verwaltung in Sachsen 14.000 Beschäftigte) und 7 bis 11% sind nicht heterosexuell (das heißt für die öffentliche Verwaltung in Sachsen 14.000 bis 22.000 Beschäftigte).

Diversität und Antidiskriminierung heißt Vorgehen gegen Diskriminierung und Förderung von Vielfalt. Einfach gesagt: die Sichtbarmachung von Unterschieden hat Diskriminierungspotenzial.



Landeszentrale für politische Bildung in Dresden.

zial. Hierbei ist zu beachten, dass die sachlich begründete Benachteiligung das Recht auf Beschwerde, Leistungsverweigerungsrecht, Entschädigung/Schadensersatz nach sich ziehen kann.

Herr **Prof. Dr. Dominic Frohn** hatte Zahlen und Statistiken im Gepäck, welche die Einordnung in den Kontext Diversity (Alter, Ethnizität, Geschlecht etc.) in Dekaden beinhalteten.

Leider lagen zum Zeitpunkt zum großen Teil nur Zahlen zu Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen und deren Arbeitssituation vor. Jedoch wurde deutlich, dass allein bei diesen Gruppen bei den Befragten mindestens eine Diskriminierung im Arbeitsleben stattfand. In Zahlen bedeutet das: Bisexuelle 96%, Transsexuelle 83%, Lesben und Schwule 61%.

Es ist an der Zeit, die Kompetenzen dieser Menschen zu nutzen! Die Lebensphase des „Coming Out“ beinhaltet eine schwierige Situation mehr im Vergleich zum heterosexuellen Menschen, bewiesenermaßen liegt dort eine hohe soziale Kompetenz vor, welche in der Teamentwicklung wie auch in der Leistungsbereitschaft genutzt werden sollte.

Hier sei auf die Studie „Out in Office“ verwiesen. Die Offenheit und Flexibilität eines Unternehmens gründet sich vor allem auf den Umgang mit LSBT*I*-Menschen, wie auch mit Behinderten und Menschen mit Migrationshintergrund.

Nach der Mittagspause fanden Workshops statt, welche folgende Themen hatten:

- Wir freuen uns auf Sie! – Diversität im Bewerbungsprozess.
- Alle dabei?! – Eine Organisationskultur ganzheitlich und professionell gestalten.
- Diversität und Teamentwicklung – sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Chance.
- Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte als Vorbild für LSBT*I*-Beauftragte.

In der Tagung wurde die Vielfältigkeit in der öffentlichen Verwaltung deutlich und wie wichtig das ist, dieses Potential zu nutzen.

Laut allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz hat jeder Arbeitgeber und jede Arbeitgeberin die Pflicht, Benachteiligungen abzubauen und Ihnen präventiv entgegenzuwirken.

Mit diesem Fachtag wurde für die Vielfalt von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlichen Empfindungen im Arbeitskontext sensibilisiert.

Silke Völker-Eckert

Landesvorstandssitzung des SBB in Dresden

Imre Bösze zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt

Die Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) Nanette Seidler konnte am 13. November 2019 in Dresden den Hauptvorstand zu seiner zweiten Sitzung dieses Jahr begrüßen. Für den verhinderten Landesvorsitzenden des BSBD Sachsen nahm die stellvertretende Landesvorsitzende des BSBD Sachsen Silke Völker-Eckert teil.

Zunächst berichtete das Vorsorgewerk des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion (dbb-Vorteilswelt) über ihre aktuellen Aktionen und neuen Ko-

tag mit Wahlprogramm der CDU und dem Sächsischen Seniorentag des DGB.

Berichtet wurde über die Jugendarbeit im SBB, dessen Vorsitzender und Landesjugendleiter Chris Leon Nemitz ist. Aktuelles ist auf den Internetseiten unter www.sbb.de/ueber-uns/jugend zu finden.

Die Aufstellung der Jugendvertretung ist wichtig und soll mit weiteren Mitgliedern ausgebaut werden. Hervorgehoben wurde die Teilnahme und das Engagement unseres kommissarischen BSBD-Jugendvertreters Lukas Elendt an der Fortbildungsveranstaltung „Mit-

hört eigentlich alles zur Familie des Deutschen Beamtenbundes.

Derzeit laufen die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der sächsischen Regierung. Hier wird auf gewerkschaftlicher Schiene hinsichtlich der Neubesetzung von Ministerien auf einige Mitgliedsgewerkschaften wie auch auf den SBB eine neue große Herausforderung zukommen.

Ein Rückblick wurde auch auf den Tag der Sachsen in Riesa im September 2019 gegeben. Die Mitgliedsgewerkschaften des SBB haben jedes Jahr die Möglichkeit, zum Tag der Sachsen unter der Schirmherrschaft des SBB ihre Gewerkschaft zu präsentieren.

Auch der BSBD Sachsen war schon zu verschiedenen vergangenen Veranstaltungen präsent. Der nächste Tag der Sachsen 2020 findet in Aue-Bad Schlema statt. Eine Teilnahme vom BSBD Sachsen wird noch in der Landesleitung und im Hauptvorstand diskutiert werden müssen.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde die Neuwahl eines stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB für die zurückgetretene Cathleen Martin in Angriff genommen.

Zur Wahl stellte sich Imre Bösze, stellv. Landesvorsitzender der Deut-



Die Landesleitung: Michael Jung, Steffen Winkler, Klaus Peter Schölzke, Nanette Seidler, Norbert Bullmann, Imre Bösze, Andre Ficker und Karen Siwonia.

operationspartner. Alexander Konzack verwies auf den aktuellen Flyer, der durch den SBB auch den verschiedenen Landesgewerkschaften zur Verfügung gestellt wurde.

Im Rahmen eines derzeit laufenden Gewinnspieles gibt es die Möglichkeit, für Mitgliederwerbung einen Reisegutschein zu gewinnen.

Informationen dazu finden sich auch auf den Internetseiten des SBB und des BSBD.

Rückblick der SBB Landesvorsitzenden

Nanette Seidler gab einen Rückblick auf Termine der letzten beiden Quartale, u. a. dem Sommerempfang der LINKEN in Sachsen mit Verabschiedung der Landtagsabgeordneten Klaus Tischendorf und Klaus Bartl und weiteren Politikern, die für eine weitere Wahlperiode nicht mehr zur Verfügung standen, sowie dem Programmteil-

gliederansprache und Neumitgliederwerbung“ am 15. Oktober 2019 im Kloster Nimbschen bei Grimma.

An der Veranstaltung nahm auch Michael Irmscher teil (beide repräsentieren den BSBD Sachsen auch in



SBB-Instagram.

der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung). Inhalte des Seminars waren u. a. „Was bedeutet für mich Gewerkschaftsarbeit? Welche Leistungen und Werte verbinde ich mit meiner Gewerkschaft? Und wer ge-



SBB-Jugend.

schen Verwaltungsgewerkschaft, welcher in geheimer Wahl mit deutlicher Mehrheit gewählt wurde.

In die Fachkommission Sicherheit wurde Uwe Hankwitz (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft) per Beschluss entsandt.

Vor dem Ende der Veranstaltung wurde vom stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB Jens Weichelt auf die Petition für die Beibehaltung der „Kopfnoten“ als Initiative des Sächsischen Lehrerverbandes auch auf Bundesebene hingewiesen.

Insgesamt war es wieder eine gelungene Veranstaltung, zu der viele wichtige Punkte besprochen werden konnten.